

# KoBra Brasilicum

Ausgabe 235 | Oktober 2014

Brasilicum ISSN 2199-7594

## Abschied vom Wachstumszwang (Post-)Wachstum in Brasilien und Deutschland

Nord-Süd-Dimensionen der Wachstumskritik  
*Kristina Dietz*

Ein neues globales Wohlstandsmodell  
*Ulrich Brand*

Brasilien: Noch immer auf der Suche nach  
Entwicklung  
*Sonia Fleury*

*Buen Vivir* – ein neuer Aufbruch in  
Südamerika?  
*Thomas Fatheuer*

Brasilien nach der Demokratisierung und  
zwölf Jahren PT-Regierung  
*Daniel Rech*

Die (Ir-)Relevanz nachhaltiger Entwicklung?  
*Jonas Immanuel Vollmer*

Solidarität, Gegenseitigkeit und  
Gemeinschaftsgefühl  
*Fabian Kern*

Rezension - Luiz Ruffato: Feindliche Welt  
*Judith Felizita Säger*

## KoBra-Kooperation Brasilien e.V.

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur\*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

### Konkret heißt das:

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)** informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

**Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!**



Außerdem erhältlich:



Brasilicum #231 | März 2014  
*Nunca mais - Brasiliens vergessene Militärdiktatur*



Brasilicum #233/234 | April 2014  
*Wie der Fußball Brasilien mit Füßen tritt*

Nächste Ausgabe:

**Brasilicum #236 | März 2015**

*Internationale Solidarität Postkolonial*

**Herausgeberin** KoBra - Kooperation Brasilien e.V. **V.i.S.d.P.** Yôko Woldering **Brasilicum ISSN** 2199-7594

**Redaktion** Michael Althaus, Daniel Beck, Igor Birindiba Batista, Uta Grunert, Fabian Kern, Judith Felizita Säger, Karoline Schulz, Yôko Woldering, Peter Zorn.

**Übersetzungen** Igor Birindiba Batista, Phyllis Bußler, Tina Kleiber, Yôko Woldering.

**Druck/Design** printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork mit Opensource Software unter GNU Lizenz: Fabiana Cenzi-Filder.

**Titelbild:** Ableitung des Flusses São Francisco. Foto: Claubert Cléber Caetano/flickr | Rückseite: "Wieso den brasilianischen Kongress ändern?" Besetzung im Viertel *Pedreira*, SP. Foto: Mídia Ninja.

**Bezug/Kontakt** KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg

Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: [info@kooperation-brasilien.org](mailto:info@kooperation-brasilien.org) | [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor\*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

**Unsere Zeitschrift Brasilicum erscheint viermal jährlich (eine Doppelausgabe) zu wechselnden Themenschwerpunkten. Sie können das Brasilicum im Jahresabonnement bestellen und erhalten damit nicht nur aktuelle Hintergrundinformationen zu Brasilien, sondern unterstützen auch die Arbeit von KoBra. Gedruckt: 20€ (Inland); PDF: 16€.**

## Editorial

Liebe Leser\*innen,  
aktuell bestimmen in Brasilien die Präsidentschaftswahlen das politische Tagesgeschehen. Damit stehen nicht nur der weitere Kurs des Landes, sondern auch der politische Erfolg der Arbeiterpartei *PT* zur Wahl. Ökonomisches Wachstum allein ist kein Garant für politischen Erfolg. Eine erfolgreiche Zukunft und Entwicklung – das gilt für Brasilien und Deutschland gleichermaßen – kann ohne Berücksichtigung von Umweltproblemen und vielen anderen gesellschaftlichen Faktoren nicht gelingen.

Das brasilianische Entwicklungsmodell der zurückliegenden Jahre ist vom Wachstumsparadigma geprägt. Es finanziert eine Reihe von Transferleistungen, die der Armutsbekämpfung dienen. Die brasilianischen sozialen Bewegungen befinden sich währenddessen nach wie vor im Kampf um Land und Menschenrechte. Konzepte wie Solidarökonomie und *Buen Vivir* finden über die Kontinente hinweg Beachtung, liefern bislang jedoch keine Lösung im großen Stil.

Die Massenproteste des vergangenen Jahres haben den Demonstrierenden Aufmerksamkeit verschafft, die unzufrieden mit den politischen Aktivitäten und momentanen Antworten auf die ungelösten sozialen und ökologischen Probleme des Landes sind. In der ersten Septemberwoche dieses Jahres fand in Brasilien eine Volksbefragung über eine grundlegende Reform des politischen Systems statt. Organisiert wurde die Volksbefragung nicht vom Staat, sondern von sozialen Bewegungen selbst. Überall im Land wurden improvisierte Wahlurnen aufgestellt und auch im Internet konnten die Brasilianer\*innen ihre Stimme abgeben für die *Constituinte Exclusiva e Soberana do Sistema Político*, das heißt, für eine verfassungsgebende Versammlung, die sich unabhängig und ohne derzeitige Vertreter\*innen der Regierung zusammensetzen soll, um über grundlegende politische Reformen zu tagen.

Auch in Deutschland wächst die Gruppe derer, die sich andere politische Ziele als Wirtschaftswachstum

wünscht: einen verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen, mehr Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, mehr Lebensqualität bei gleichzeitig weniger Überproduktion und Konsumgüteranhäufung. Die jüngste Degrowth-Konferenz in Leipzig lockte mehrere Tausend Teilnehmer\*innen an. Werte wie Solidarität, Gemeinwesen und Suffizienz überzeugen immer mehr Menschen. Die Transition eingespielter, systemimmanenter Prozesse in ein neues globales Wohlstandsmodell ist kein einfacher Weg. Es braucht neben individueller Bereitschaft auch den politischen Willen der Regierenden und eine globale Perspektive.

Das vorliegende Heft ist zeitgleich der Tagungsreader zur Fachtagung *Runder Tisch Brasilien 2014*, der sowohl Wachstumskritik als auch die Diskussion um Postwachstumsentwürfe in Brasilien und Deutschland auf seine Agenda gesetzt hat. Die Neuedition des *Brasilicum* feiert mit dieser Ausgabe außerdem ihren ersten Geburtstag! Das Heft wird gut angenommen und die Rückmeldungen sind positiv. Im *Brasilicum* stecken viel Arbeit und Engagement – unterstützen Sie uns durch ein Abonnement! Weiterführen wollen wir das Konzept, indem wir zwei Einzelausgaben (jeweils zur Frühjahrstagung und zum Runden Tisch Brasilien) und eine Doppelausgabe im Sommer herausbringen.

Eine angenehme Lektüre wünscht

*die Redaktion*



## Wachstums- und Extraktivismuskritik

In den westlichen Industrieländern steht Wachstum, ausgedrückt in der jährlichen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts und gemessen als Gesamtwert aller hergestellten Waren und Dienstleistungen in einem Land, seit Langem für soziale Integration, die Lösung immanenter Krisen des Kapitalismus und für mehr materiellen Wohlstand für alle. Beleg hierfür sind die Strategien der vergangenen Jahre zur Bearbeitung der Krise in Europa. Ähnliches lässt sich im Globalen Süden beobachten. Auch hier gründete sich die Zauberformel nachholender Entwicklung und Modernisierung im 20. Jahrhundert auf die Vorstellung einer heilsamen Wirkung des Wirtschaftswachstums. Bis heute setzen etwa die Regierungen Lateinamerikas, unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Couleur, darauf, dass wachsende Ökonomien Steuern und Profite abwerfen, sowie formale Arbeit und Einkommen schaffen. Dennoch gerät mit der Zuspitzung sozialökologischer und ökonomischer Krisen der als sakrosankt geltende Zusammenhang zwischen Wohlstand, gutem Leben und Wachstum ins Wanken – im Norden wie im Süden.

## Nord-Süd-Dimensionen der Wachstumskritik<sup>1</sup>

von Kristina Dietz\*

Zu dieser Erschütterung haben zwei Dynamiken maßgeblich beigetragen. Auf der einen Seite erzeugt die Krise und die insbesondere in Europa seither geführten wachstumskritischen Debatten „Risse im Gebälk des Wachstumsimperativs“<sup>2</sup>. Mehrheitlich ökologisch motiviert, reichen die diskutierten Vorschläge von alternativen Formen des Wachstums und des Wirtschaftens (z.B. grüne Ökonomie oder grünes Wachstum) bis zu radikaleren Transformationen in Richtung der „Post-Wachstumsgesellschaften“<sup>3</sup>. Auf der anderen Seite wehren sich seit einiger Zeit unterschiedliche soziale Bewegungen in Lateinamerika gegen den gegenwärtig vorherrschenden Fortschritts- und Entwicklungsimperativ, der zwar nicht ausschließlich, aber wesentlich auf der Ausbeutung von Rohstoffen und Naturelementen basiert. Ziel des kritisierten Entwicklungsweges, der oft als (Neo-)Extraktivismus beschrieben wird, ist es, über

Exporteinnahmen aus dem Rohstoffsektor die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Die Kritik hieran zielt auf die Fortdauer ausbeuterischer und ungleicher, kolonialer Beziehungen im globalen Maßstab, die in Kauf genommene Zerstörung der sozialökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen von Bauern und Bäuerinnen, Indígenas und Afrolateinamerikaner\*innen sowie die Ausweitung kapitalistischer, sozialer Verhältnisse.

### Wachstumskritik als transnationale Herausforderung

Lateinamerikas Ökonomien boomen. Zwischen 2000 und 2010 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in der Region im Durchschnitt um jährlich 5%. Ausgehend von der Annahme, dass sich dieser Trend fortsetzt, sprechen manche von der lateinamerikanischen Dekade der Weltwirtschaft. Zwar schwächte sich auch in dieser Region das Wachstum durch die globale Krise in den letzten Jahren etwas ab, liegt aber mit 3% weiter deutlich über dem globalen Trend. Erklären lässt sich die Wachstumskonjunktur unter anderem mit dem globalen

Rohstoffboom. Hohe Rohstoffpreise und eine große Nachfrage haben staatliche Einnahmen ebenso ansteigen lassen wie die Produktions- und Fördervolumen der Rohstoffe selbst. Die Ergebnisse sind – nach Angaben von CEPAL, der UN-Wirtschaftskommission für die Karibik und Lateinamerika – steigende Deviseneinnahmen, ein erneut wachsender Anteil des Primärsektors am BIP und ein hoher Anteil ausländischer Direktinvestitionen (FDI) im Rohstoffsektor. Dieser Trend ist trotz einiger Schwankungen ungebrochen. Am deutlichsten hängt Venezuelas Wirtschaft am „Öltropf“: Nahezu alle Deviseneinnahmen stammen aus dem Ölexport, und mit über 32 % haben Rohstoffe hier – im regionalen Vergleich – den höchsten Anteil am BIP (Chile 19,2 %, Ecuador 15 %, Peru 16,8 %).<sup>4</sup> Den nationalen Regierungen beschert die stabile Wachstumsphase der letzten Jahre dringend benötigte sozialpolitische Handlungsspielräume. Mit der Verteilung staatlicher Mehreinnahmen gelang es, die Armutszahlen bis 2010 auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren zu senken, und Programme wie *bolsa familia* (direkte finanzielle Unterstützung extrem armer Familien) in Brasilien oder *renta dignidad* (allgemeine Mindestrente) in Bolivien halfen, die extreme Armut effektiv zu lindern.



Festival der Solidarischen Ökonomie in *Capão Redondo*, SP.  
Fotos: Mídia Ninja / flickr



Exemplarisch für dieses Modell rohstoffbasierter Wachstums stehen zum einen jene Länder der Region, die aufgrund historischer Zwänge seit jeher Rohstoffe für den Weltmarkt liefern. Zum anderen findet sich dieses Modell in den Ländern mit linken, beziehungsweise Mitte-links-Regierungen, die über sogenannte postneoliberale Maßnahmen (Verstaatlichung von Unternehmen oder Nationalisierung der Rohstoffe) die Ressourcenaneignung und deren Export stärker kontrollieren. Mit den Mehreinnahmen werden Programme finanziert, die die Sicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit zum Ziel haben, wie etwa in Bolivien, Ecuador und Venezuela. Ein Weitertreiben der extraktivistischen Wachstumslogik zeigt sich jedoch auch in Ländern der Region, deren Wirtschaften stärker diversifiziert sind, wie in Argentinien und Brasilien oder deren Regierungen dem rechts-konservativen Lager zuzuordnen sind, wie vor allem in Kolumbien.

Wichtigste Faktoren des weltweiten Anstiegs von Preisen im Rohstoffsektor sind die Vertiefung und Ausweitung ressourcenintensiver und wachstumsbasierter Produktions- und Lebensweisen im Globalen Norden sowie in Teilen der kapitalistischen Semiperipherie. Ulrich Brand und Markus Wissen sprechen in diesem Kontext von einer imperialen Lebensweise. Dazu kommt der ökonomische Aufstieg mehrerer Schwellenländer und Chinas als „Werkbank der Welt“. Der Großteil lateinamerikanischer Rohstoffexporte wird nach China und Asien geliefert. Schließlich wirkt sich die Tatsache, dass Rohstoffe und ihre Erschließung zunehmend zu Anlagefeldern des Finanzkapitals in Form von Realinvestitio-

nen oder Spekulationen werden, auf die aktuellen Preisentwicklungen aus. Das auf Export ausgerichtete Modell des (Neo-)Extraktivismus ist vor diesem Hintergrund mehr als nur eine ökonomische Strategie oder eine temporäre Form der Wachstumsbeschleunigung. Durch die zunehmende Abhängigkeit der sozialen Reproduktion vom Zugriff auf die Natur, wird diese nicht nur irreversibel zerstört. Es werden auch gesellschaftliche Beziehungen, Erwartungen, Interessen, staatliche Institutionen und Organisationsformen, politische Strukturen, spezifische Formen der Arbeit, Vorstellungswelten und Subjektivitäten geschaffen, die nicht leicht zu überwinden sind. Hiervon ausgehend eine Post-Extraktivismusstrategie zu entwickeln, bedeutet, das aktuelle (Re-)Produktionsmodell und die tragenden politischen Strukturen im Ganzen infrage zu stellen. Mit Blick auf die breitenwirksamen Erfolge und die transnationale Verflechtung des Modells, ist das eine schwierige Aufgabe. Der Weg in eine gerechte, emanzipatorische Post-Extraktivismusgesellschaft in Lateinamerika kann nur durch eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsstrukturen in Lateinamerika und im Globalen Norden gelingen. Umgekehrt führt auch der Weg in eine Post-Wachstumsgesellschaft nicht allein über gesellschaftliche Transformationen im Globalen Norden. Post-Extraktivismus und Post-Wachstum sind zwei Seiten derselben Medaille; als solches sollten sie auch in den wachstumskritischen Diskussionen behandelt werden.

## Die Relevanz lateinamerikanischer, sozialer Kämpfe und Debatten

Eine Paradoxie in Lateinamerika besteht darin, dass mit dem intensivierten ökonomischen Zugriff auf Naturreichtümer, trotz wichtiger sozialpolitischer Erfolge, insbesondere in Ländern mit linken oder linksliberalen Regierungen, häufig gegen die Interessen jener gesellschaftlichen Akteur\*innen gehandelt wird, die in den 1980er und 1990er Jahren den Widerstand gegen den neoliberalen Konsens, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Vertiefung sozialer Ungleichheiten und die Liberalisierung des Handels maßgeblich getragen und damit Regierungswechsel in Venezuela, später Bolivien, Ecuador und Brasilien sowie Verfassungsreformen eingeleitet haben: Organisationen von Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlosenbewegungen, indigene und afrolateinamerikanische Bewegungen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der aktuell wachsende Widerstand gegen die Erschließung neuer, unkonventioneller Erdöl- und Gasvorkommen, gegen Bergbauprojekte, gegen die Ausweitung des Agrobusiness und der Gentechnik, gegen Megastaudämme und gigantische Infrastrukturprojekte erneut von ebendiesen Akteur\*innen ausgeht. Diese Kämpfe sind für wachstumskritische Debatten insgesamt von großer politischer Bedeutung, denn mit Kämpfen um den Zugang zu Land, um territoriale Selbstbestimmung, die Anerkennung erkämpfter politischer, sozialer und kultureller Rechte werfen sie die Frage nach dem Kern antikapitalistischer und emanzipatorischer Projekte neu auf. Es

Besuch des chinesischen Premierministers: Dilma Rousseff mit Xi Jinping, Brasília.  
Foto: Roberto Stuckert Filho / flickr.



geht eben nicht nur darum, wie die Gewinne oder die sozialökologischen Lasten des Bergbaus, des Sojaanbaus oder der Megastaudämme verteilt werden. Vielmehr werden hier das Entwicklungs-, Wohlstands- und Akkumulationsmodell sowie die dominanten Naturverhältnisse der kapitalistischen Moderne als solche infrage gestellt. Denn trotz aller Transformationen und Umwälzungen ist es auch den progressiven Regierungen der Region nicht gelungen, sich von diesen zu lösen.

Zentrale Bezugspunkte der Debatten und Kämpfe sind die Idee der Post-Extraktivismusgesellschaften und das Konzept des Guten Lebens *buen vivir*. Erstere lassen sich als Gesellschaften fassen, in denen die zentralen Strukturen und Institutionen gesellschaftlicher Reproduktion und politischer Ordnung nicht mehr auf einer übermäßigen Ausbeutung der Rohstoffe mit dem Ziel des Exports basieren. Das von Indigenen stammende Konzept des *buen vivir* bildet den Horizont für ein auf Emanzipation zielendes Gegenmodell zu westlichen Entwicklungs- und Modernitätsvorstellungen. Grundlegend ist ein holistisches Verständnis von Mensch- Umwelt-Beziehungen, eine Vorstellung sozialer Beziehungen basierend auf Gegenseitigkeit und Solidarität, sowie eine Kritik am kolonialen Charakter westlicher Lebensformen und Wachstumsvorstellungen. In den lateinamerikanischen Debatten geht es daher nicht darum, alternative Entwicklungswege zu beschreiten, sondern um Alternativen zur Entwicklung. Damit gemeint ist ein radikaler Bruch mit

der Idee eines immerwährenden Fortschritts, der Vorstellung linearer, gesellschaftlicher Entwicklung und der westlichen Idee der Naturbeherrschung.

Ein geteilter Bezugspunkt kollektiven Handelns in aktuellen sozialen Kämpfen in der Region ist häufig das Territorium in einem weitgefassten Sinne. Territoriale

Kämpfe drehen sich um die Fragen, wer politische und ökonomische Macht im Raum ausübt, mit welchen Mitteln dies geschieht, wodurch es legitimiert wird und mit welchen politischen Ordnungs- sowie sozialen und kulturellen Organisationsvorstellungen es verbunden ist. Ländliche Gebiete, in denen Bergbauaktivitäten oder der Gensojaanbau ausgeweitet werden und in denen sich Landbesitz in den Händen weniger konzentriert, oder städtische Armenviertel, die ökonomisch aufgewertet und staatlich überwacht werden, sind nicht nur territoriale Verwaltungseinheiten eines übergeordneten politischen Gemeinwesens. Sie sind Räume, in denen um politische Selbstbestimmung, Partizipation und Anerkennung sowie um grundlegende soziale Rechte wie Zugang zu Land und Wasser oder Ernährungssouveränität gekämpft wird. Es ließe sich sagen, dass in aktuellen sozialen Kämpfen um Territorium, in Lateinamerika eine andere gesellschaftliche und demokratische Praxis zur Disposition steht, denn es geht bei der Besetzung von Land mit dem Ziel der Zugangssicherung und der Umverteilung, bei der Blockade von Straßen mit dem Ziel, eine bergbauliche Erschließung zu verhindern, oder bei der Besetzung von Häusern mit dem Ziel der Wohnraumsicherung, nicht nur um materielle Fragen, sondern auch um die Schaffung von Räumen, in denen Alternativen zur Entwicklung überhaupt erst entworfen werden können. Wie das gegenwärtig in Lateinamerika geschieht, könnte Hinweise darauf geben, wie sich antikapitalistische Politik jenseits großer Theoriedebatten konkret weiterentwickelt hat und sich neue strategische Möglichkeiten eröffnen lassen.

\* Kristina Dietz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lateinamerika Institut der FU Berlin und forscht zu sozialen Kämpfen um Naturaneignung und -nutzung in Lateinamerika.

Erschienen in: Redaktionsgruppe Degrowth: Mehr oder weniger? Wachstumskritik von links, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 3, Berlin 2014, S. 18-21

1 In der hier vorliegenden Version haben wir auf eine ganze Reihe von Literaturverweisen und Referenzen verzichtet; eine Langfassung des Texts mit sämtlichen Fußnoten und Literaturverweisen findet sich unter: [www.rosalux.de/degrowth](http://www.rosalux.de/degrowth).

2 Brand, Ulrich: Die Wachstums-Enquete: Parlamentarische Sackgasse?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2012, S. 18.

3 Vgl. Brand, Ulrich: Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik, in: PROKLA 2/2014.

4 Vgl. Matthes, Sebastian: Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika. OneWorld Perspectives, Working Paper 02/2012, Universität Kassel.

**Die reichste** Ente der Welt dürfte kaum zu den Fürsprechern einer sozial-ökologischen Transformation zählen – viele Menschen hingegen schon. Der neoliberale Kapitalismus befindet sich in einer multiplen Krise. Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die Klima- und Umweltkrise, aber auch die Krise der sozialen Reproduktion und politischen Repräsentation immer deutlicher. Selbst wenn es sich dabei um eine globale Krise handelt, die international abgestimmte Antworten erfordert, müssen die Impulse für Veränderung in den einzelnen Ländern entstehen. Jedoch sind gerade nationale Politiken häufig von einem Transformationsansatz weit entfernt.

## Ein neues globales Wohlstandsmodell

### Sozialökologische Transformation

### braucht progressive Strategien und breite Bündnisse

von Ulrich Brand\*

„Weiter wie bisher“ lautet das Motto der herrschenden Politik, gerade auch in Deutschland. Die dominante, öffentliche Diskussion und Politik inszeniert sich als Sachzwang-Politik. Anpassungsleistungen an die angeblich alternativlose Austeritätspolitik sind andernorts zu erbringen. Es wird uns versichert, dass es nur vorübergehend sei, dass Menschen verarmen, von unten nach oben umverteilt wird und soziale Rechte und Demokratie abgebaut werden. Das Ziel bestehe schließlich darin, wieder auf den vielversprechenden Wachstumspfad zu gelangen. Zukunft ist die Fortführung der Gegenwart, und entsprechend werden drastische Entscheidungen, wie die zur Agenda 2010 oder die zur Bankenrettung, dann getroffen, wenn es um die Absicherung der Kapitalinteressen, also um die Position der Vermögenden geht. Was aber ist, wenn aus einer progressiven, transformatorischen Perspektive große Sprünge als notwendig erachtet werden? Wie können jene, die es mit Kritik am kapitalistischen Wachstum, mit alternativen Wirtschaftsformen, mit den Zumutungen im Alltag ernst meinen, in einem Transformationsprozess gestärkt werden und Eingang in die Politik finden?



Sozialwohnungsbau "Minha Casa, Minha Vida" in Brasília.  
Foto: Programa de Aceleração do Crescimento / flickr.

### **Abkehr von Ökologiefindlichkeit und neoliberalen Kapitalismus**

Im Zuge der Diskussionen um Umwelt-, Klima- und Ressourcenkrisen wurde mit der „sozialökologischen“ oder „großen Transformation“ ein Begriff geprägt, der durch seine radikale Semantik einiges Potenzial für ein progressives Projekt auf der Höhe der Zeit hat: das Projekt einer solidarischen Moderne.

Im ökologischen Kern geht es bei der großen Transformation um die Heraustransformation aus einem Kapitalismus, der auf fossilen Energieträgern beruht und rastlos Ressourcen benötigt. Das vielfach postulierte, postfossile Zeitalter muss eingeleitet werden. Manche gehen einen Schritt weiter und denken an eine große Transformation weg vom neoliberalen Kapitalismus, der nicht nur ökologische Zerstörung, sondern auch gesellschaftliche Spaltung und Entsolidarisierung vorantreibt. Hier geht es neben ökologischen, auch um soziale und wirtschaftliche Dimensionen.

Eher wenige verstehen darunter eine Heraustransformation aus dem Kapitalismus insgesamt, also aus einer Gesellschaft, in der zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zuvorderst dem Profit- und Wachstumsprinzip unterworfen werden. Dies bedeutet nicht, nur die Finanzmärkte zu schwächen, sondern auch die ökonomische und politische Macht des Kapitals insgesamt.

### **Wachstum ist zum destabilisierenden Faktor geworden.**

Der Begriff der sozialökologischen Transformation entwickelt seine besondere Bedeutung angesichts einer Gesellschaft, deren herrschende Logik des Wandels immer stärkere und immer unkontrollierbarere Krisen verursacht. Wachstum selbst ist zum destabilisierenden Faktor geworden. Nicht nur unter Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus, sondern auch das weitere Wachsen der Produktion von kurzlebigen Gütern und

Dienstleistungen schafft potenzielle und reale Instabilität. Die Ressourcen müssen beschafft werden, was nicht immer konfliktfrei abläuft. Darüber hinaus schafft der Klimawandel viele Unsicherheiten, auch hinsichtlich des lokalen und regionalen Klimas.

Diese veränderte gesellschaftliche Konstellation muss von einer zukunftsfähigen Linken zunächst verstanden und dann politisch aufgegriffen werden. Eine sozialökologische Transformation erfordert eben nicht nur, den Kuchen anders zu verteilen. Vielmehr muss dieser Kuchen auch anders gebacken und in den Industriestaaten außerdem deutlich kleiner werden: weniger Autos, weniger Flugverkehr und Fleischkonsum sowie eine Umkehr von der hochindustrialisierten zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Diese Konversionsprozesse, etwa im Bereich der Mobilität, dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Andere Formen der Mobilität, aber auch die Vermeidung von sogenannter erzwungener Mobilität müssen gestärkt werden. Das ist ein großes und in einem Land wie Deutschland sehr schwieriges Thema.

### **Es braucht ein neues Wohlstandsmodell**

Eine sozialökologische Transformation muss deshalb nicht nur jene Probleme und Krisen effektiv bearbeiten, die aufgrund des kapitalistischen Expansionsdrangs und der Profitorientierung entstehen, sondern sie muss eingebunden sein in einen Entwurf, der unsere Gesellschaft auf eine andere Grundlage stellt, um Wohlstand

zu schaffen und zu sichern und damit der Transformation selbst eine neue Richtung, eine neue Logik gibt. Nur so kommt das progressive gesellschaftspolitische Spektrum wieder in die Offensive, gewinnt Glaubwürdigkeit und Gestaltungsmacht.

Jedoch bedarf gesellschaftliche und politische Hegemonie eines materiellen Kerns, wie Antonio Gramsci formulierte. Es geht natürlich um öffentliche Auseinandersetzungen, um vermeintliche Selbstverständlichkeiten und deren Infragestellung. Es geht aber vor allem auch um lebbare, für die Menschen attraktive Verhältnisse – um ein neues Wohlstandsmodell, um andere Formen der Ernährung und Mobilität, der Energieversorgung und Kommunikation, des Wohnens und Kleidens. All dies muss mit starken, ökologischen Restriktionen, samt ihrer macht- und verteilungspolitischen Implikationen, verbunden sein.

**Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Zumutungen aktueller Politik, sie wollen längst anders leben und arbeiten: sozial, ökologisch und gemeinsam.**

Wir fangen dabei nicht bei null an. Es gibt auch in Deutschland vielfältige Diskussionen, Vorschläge und praktische Ansätze für eine Transformation. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Zumutungen aktueller Politik, sie wollen längst anders leben und arbeiten: sozial, ökologisch und gemeinsam. Die Kämpfe gegen Prekarisierung und für gute Arbeit, für selbstbestimmtes Wohnen und lebenswerte Städte, Urban Gardening, solidarische Ökonomie, die Commons-Bewegung und die Energiegenossenschaften sind ihre unmittelbaren Antworten. Das Versprechen „Wachstum gleich Wohlstand“ wird immer weniger geglaubt und real erfahren. Doch „einem sozialökologischen und demokratischen Richtungswechsel entspricht [...] keine parteipolitisch wirksame Formation, die regierungsfähig

wäre. Ein Integrationsangebot von ‚Mitte-Links‘ ist bisher nicht in Sicht. Das macht jede Opposition zur Politik der Merkel-Regierung aus der Gesellschaft heraus ungeheuer schwierig.“

Daraus folgt eine politisch-strategische Konsequenz: Um eine Veränderung zu einer solidarischen Moderne zu bewirken, bedarf es einer konfliktfähigen Transformationslinken, die nicht nur besser zu verteilen weiß, sondern in der Lage ist, in die Art und Weise gesellschaftlicher Produktion einzugreifen.

**Kein Parteibündnis für Transformation in Sicht**

Ein Parteibündnis für eine sozialökologische Transformation ist dabei von enormer Bedeutung. Ich bin nicht der Ansicht, dass die drei vom Anspruch her progressiven, deutschen Parteien es alleine richten werden. Ein progressives rot-rot-grünes Projekt, das wirkliche Alternativen zu verfolgen in der Lage ist, muss breiter angelegt sein. Zudem grenzt sich ein solches Projekt nicht trennscharf von anderen gesellschaftspolitischen Spektren und den dort formulierten und initiierten sozialökologischen Veränderungen ab. Es bedarf vieler Akteur\*innen mit progressivem Anspruch und Handeln, die das Projekt einer solidarischen Moderne vorantreiben. Gerade das kirchliche Spektrum, das sich parteipolitisch eher von

Indigene bei der 31. Kunstausstellung in São Paulo.  
Foto: Mídia Ninja / flickr.



den Unionsparteien vertreten fühlt, spielt eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Energiegenossenschaften, der Entwicklung ökologischer Landwirtschaft und vielem anderen. Ebenfalls spielen soziale Bewegungen, die sich oft an den Rändern der Gesellschaft bilden, eine wichtige Rolle, ebenso wie progressive Verbände und NGOs. Natürlich gehören auch kritische Menschen und Gruppen in der Wissenschaft, in Denkstätten und den Medien sowie progressive Unternehmer\*innen zur Gruppe der Transformationsakteur\*innen. Es gehören aber auch die Menschen dazu, die sich vielleicht unorganisiert auf andere Alltagspraxen des Lebens, Arbeitens und Konsumierens einlassen würden und dafür Angebote erhalten müssen.

**Es bedarf vieler Akteur\*innen mit progressivem Anspruch und Handeln, die das Projekt einer solidarischen Moderne vorantreiben.**

Dennoch bleiben die Parteien Kristallisationspunkte und, als Ausdruck und Teil breiterer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, mögliche treibende Kräfte. Aktuell aber ist ein Transformationsbündnis nicht in unmittelbarer Sicht. Teile der Grünen verschreiben sich einem fast schon beängstigenden Technikoptimismus, die SPD ist in großen Teilen weiterhin eine Markt-Sozialdemokratie, die weiterhin Wachstum schaffen und dieses besser verteilen will, und auch die klassische politische und gesellschaftliche Linke tut und tut sich über Parteigrenzen hinweg schwer mit alternativen Orientierungen und vor allem mit dem Wachstumsthema an sich. Die historischen Kämpfe der Arbeiterbewegung haben dazu geführt, dass die wachstums-, wirtschafts- und verteilungspolitischen Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung stark politisiert sind. Andere Aspekte wurden dabei an den Rand gedrängt und teilweise erst später politisiert, etwa Geschlechtergerechtigkeit, Umweltbelastungen des Wachstums und des Produktionsmodells oder die internationalen Voraussetzungen.

Will die Linke adäquate Antworten auf die oben genannten Herausforderungen formulieren können, kommt sie an der Formulierung eines progressiven Wohlstandverständnisses, das die Formel „Wachstum und Verteilung“ überwindet, nicht vorbei. Aus einer breiten progressiven Perspektive geht es, wie Hans Thie in seinem jüngst publizierten Buch schreibt, um „rotes Grün“, also um eine Verbindung sozialer und ökologischer Fragen und nicht wie bisher um ein

gegenseitiges Auspielen. Politik muss in gewisser Weise neu erfunden werden. Crossover als Prozess bringt parlamentarische und außerparlamentarische Kräfte zusammen. Insgesamt geht es darum, in Parteien und staatlichen Apparaten, Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und ihren Interessenvertretungen, sozialen Bewegungen und in der Öffentlichkeit über vielfältige Initiativen sozialökologische Transformationen in Gang zu setzen, zu verstärken und zu verteidigen. All diese Prozesse werden ungleichzeitig stattfinden, mit Sprüngen und Rückschlägen. Es gibt dafür keinen Masterplan, aber es gibt durchaus ein formulierbares Projekt.

\* Ulrich Brand lehrt und forscht im Bereich Internationale Politik an der Universität Wien und ist derzeit Fellow im Forschungskolleg Postwachstumsgesellschaften der Universität Jena.

Dieser Text basiert auf einem Vortrag, den Ulrich Brand am 6. März 2014 in der „Urania“ in Berlin gehalten hat. Veröffentlicht am 21.04.2014 in <http://www.ipg-journal.de/rubriken/nachhaltigkeit-energie-und-klimapolitik/artikel/gesucht-ein-neues-globales-wohlstandsmodell-359/>



**I**n einem Erklärungsversuch der lateinamerikanischen Sozialtheorie werden Armut und Elend als fester Bestandteil einer besonderen Form des Kapitalismus gesehen, die als eine Modernisierung ohne Modernität charakterisiert wird. Es handelt sich um einen Prozess des Wachstums und der wirtschaftlichen Diversifizierung, der allerdings nicht mit der Demokratisierung im Sinne einer Stärkung der Bürgerrechte und sozialen Gleichheit einhergeht. Dieses Phänomen machte es möglich, dass Brasilien zur siebt größten Volkswirtschaft aufstieg, ohne die gravierenden sozialen Ungleichheiten zu beseitigen.

## Brasilien: Noch immer auf der Suche nach Entwicklung

von Sonia Fleury\*

Diese besondere kapitalistische Dynamik im autoritären und interventionistischen Staat diente zwar als Treibstoff für den Industrialisierungsprozess, der anfänglich als Regulator sozialer Konflikte genutzt wurde, der Bevölkerung wurde jedoch mit einer fatalen Mischung aus selektiven Maßnahmen und sozialer Absicherung begegnet. Gleichzeitig wurde ein reaktionärer Pakt mit dem Agrobusiness und den industriellen Eliten aufrechterhalten, der notwendige strukturelle Reformen der Umverteilung von Gewinnüberschüssen und Besitz verhinderte.

Der nationale Aufruf zu Wachstum berücksichtigte die Charakteristika der politischen Führung nicht ausreichend, deren vermeintliche Stärke und Autonomie sich als äußerst schwach gegenüber den Wirtschaftsinteressen herausstellte, welche sich wiederum als eigene Macht im Staate etablierten. Die Strategie der Industrialisierung bestand darin, Privatin-

teressen zu verfolgen, die im starken Widerspruch zu den öffentlichen Interessen standen und somit die Planung und Bildung einer soliden Steuerbasis zu nichtemachten. Die Nutzung öffentlicher Gelder, die Verschuldung und die damit einhergehende Inflation haben die Kronjuwelen der Wachstumspolitik nachhaltig beschädigt: die staatseigenen Unternehmen.

Der Staat war nicht in der Lage diesem Prozess entgegen zu wirken. Er schaute vielmehr herab auf die untergeordneten Interessen im Kampf um öffentliche Mittel. Es entstanden Bundestaaten ohne Staatsbürger\*innen, und aus Rechten wurden Privilegien für eine Minderheit. So reduzierte sich das solidarische Netz, das die Basis einer demokratischen Kultur ist, auf persönliche Beziehungen und Klientelismus.

Die brasilianische soziale Apartheid spielte eine entscheidende Rolle beim Zerfall des öffentlichen Raumes durch die Aufhebung der kollektiven Identität indem man die Armen von denjenigen abgrenzte, die bereits den Status „Staatsbürger\*innen“ erreicht hatten. Für die Eliten stellte die soziale Kategorie der „Armen“ schon immer eine starke Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung dar. Unter dem Gesichtspunkt der Angst vor den „gefährlichen Klassen“, nahmen Klassenkonflikte die Form ländlicher und urbaner Gewalt an, die eine repressive Haltung des Staates erforderten, um die soziale Ord-

Überflutung in Vitoria, Espírito Santo.  
Foto: Roberto Stuckert Filho / flickr.





Dilma Rousseff bei den großen Bauunternehmern in Rio de Janeiro  
Foto: Roberto Stuckert Filho / flickr.

nung zu sichern. Die Krise des Machtgefüges, welche die autoritäre und ausgrenzende Wachstumspolitik vorantrieb, ließ erst dann eine Umstrukturierung zu, als der Ruf nach Reformen im Namen der sozialen Gerechtigkeit laut wurde. Forderungen nach Redemokratisierung im Sinne von Transparenz, Teilhabe und Umverteilung mobilisierten die Zivilgesellschaft und lenkten ihre Kräfte zu einer verfassungsgebenden Versammlung.

Die nationale Verfassung von 1988 hatte zum Ziel, eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft zu etablieren. Dafür wurden allgemeingültige, dezentrale und partizipative soziale Sicherungssysteme geschaffen, die soziale Rechte an die Staatsbürgerschaft und nicht länger an Beruf und Stellung im Arbeitsmarkt knüpfen sollten. In der Verfassung ist die soziale Ordnung nicht mehr an die ökonomische Ordnung gebunden. Die Sozialversicherung, einschließlich der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, wurde mit einem entsprechend breit angelegten Budget ins Leben gerufen. Es stellte sicher, dass Leistungen nicht unterhalb des Mindestlohnes liegen.

Der Aufbau demokratischer Institutionen unter Eingliederung des Konzepts der Staatsbürgerschaft brachte wichtige Neuerungen im Staatsapparat mit sich. Dieser Aufbau bewirkte die Konzipierung des föderativen Pakts in dezentraler Form und führte neue Formen der Ver-

handlung zwischen den drei staatlichen Ebenen ein. Die Verlagerung der zentralen Macht zur regionalen und lokalen Ebene eröffnete neue politische

Beteiligungsmöglichkeiten. Innovative Formen der Beteiligung und gesellschaftliche Kontrolle durch Räte, thematische Foren und Konferenzen mit paritätischer Besetzung aus Regierung und Zivilgesellschaft wurden etabliert.

Die Aussichtslosigkeit der Schließung eines neuen Machtpakts, ließ intern die konservative Modernisierung wiederaufleben, wenn auch zu den Bedingungen der langjährigen Gegner\*innen, die damit zu Verbündeten wurden. Auf internationaler Ebene setzte eine neu formierte Weltordnung nicht nur Währungsstabilität, sondern auch ausgeglichene Finanzhaushalte und Freihandel durch. In den 90er Jahren wurden die Verfassungsprinzipien umgekehrt und politische Anliegen wurden Wirtschaftsinteressen untergeordnet - mit schweren Folgen für das gerade etablierte Rechtssystem. Die unzureichende Bereitstellung von Mitteln für die sozialen Sicherungssysteme führte zu einer spürbaren Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen. Dies führte wiederum zu einer Lockerung der Gesetze, die eine Kommerzialisierung der Dienstleistungen ermöglichte, was dazu dienen sollte, Haushaltsdefizite zu kompensieren und den Primärüberschuss zu halten.

Auf die Verabsolutierung der Macht des Staates im nationalen Wachstumsprojekt folgte nicht die Demokratisierung des Staates sondern die Glorifizierung der Effizienz des Marktes. Der Widerstand gegen neoliberale Politik verhinderte weder die Privatisierung staats-eigener Betriebe noch die wachsende Kapitalakkumulation im sozialen Sektor. Er war jedoch erfolgreich hinsichtlich des Erhalts der Sozialpolitik in den

Bereichen Gesundheit und Bildung, die mit der „neuen Sozialpolitik“ und mit dem Transfer für Bedürftige in extremer Armut einherging. Allerdings erzeugten die Minderung der Löhne der Arbeiter\*innen und die Zunahme der Arbeitslosigkeit in einer stagnierenden Wirtschaft stetig neue Unsicherheiten für die Arbeiterklasse.

Mit den Regierungen der Arbeiterpartei kehrte die Bereitschaft zur Wachstumspolitik zurück, wie immer unter der Leitung des Staates und mit Geldern der öffentlichen Hand – den staatlichen Banken. In diesem Fall geschah das unter Nutzung der Pensionsfonds für Staatsbedienstete, um Investitionen zu fördern und die Wirtschaft anzukurbeln. Dieser Prozess verdeutlichte eine seltsame Solidarität zwischen einer Regierung, die aus dem linken Lager stammt, und einem Entwicklungsmodell, das den Agrarexportsektor privilegiert, der Güter mit geringer Wertschöpfung durch den massiven Einsatz öffentlicher Gelder produziert. Die Regierung hatte einen Kapitalismus ins Leben gerufen, bei dem sich Beziehungen zwischen Regierenden und Baufirmen entwickeln und Staatsbedienstete am Ende über ihr in Pensionsfonds angelegtes Geld selbst bestimmen können.

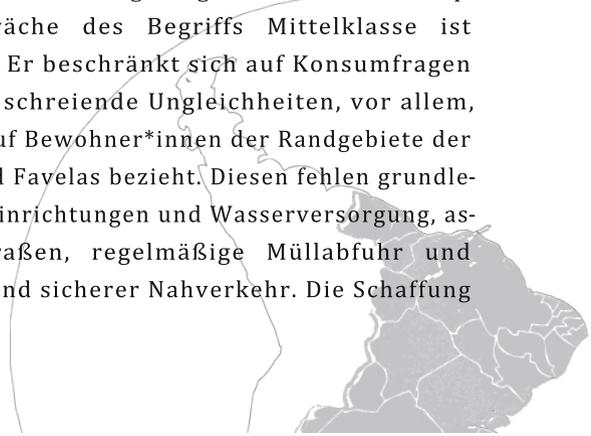
Durch den Zwang zur Stabilität, hinsichtlich eines freien Wechselkurses, eines Haushaltsüberschusses, einer Haushaltskonsolidierung und inflationärer Maßnahmen, spitzten sich im Land die Widersprüche zwischen den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und der vielzitierten Austeritätspolitik zu, die dazu dienen sollte, Investoren anzuziehen. Die Hochzinspolitik führte dazu, dass Investitionen mit Schulden der öffentlichen Hand verbunden wurden und so den öffentlichen Haushalt belasteten und die Möglichkeiten der Finanzierung der Sozialausgaben schmälerten. Gleichzeitig nutzte die Regierung das internationale Kapital und den Preisanstieg der Rohstoffe und Handelswaren und häufte Reserven an, die es ihr erlaubten, in Infrastrukturprojekte zu investieren. Gleichzeitig versuchte die Regierung, durch Wachstumsbeschleunigung ein Bündel von Maßnahmen zur Armutsreduzierung und zur sozialen Inklusion zu implementieren. Durch die Wachstumspolitik wurden Arbeitsplätze geschaffen, Kreditmöglichkeiten für eine breite Bevölkerung erhöht, Einkommenstransfers wurden erhöht, Student\*innen wurde über Quotenregelungen der Zugang zu Universitäten ermöglicht, die Stromversorgung wurde subventioniert und durch diese Maßnahmen stieg das Mindestlohniveau. So war es möglich, dass 40 Millionen Menschen oberhalb der Armutsgrenze ankamen und der Binnenmarkt sich ver-

größerte. Laut Daten der nationalen Statistikbehörde IBGE, stieg der Mindestlohn zwischen 2001 und 2013 auf dem offiziellen Arbeitsmarkt um 122,95% und für Beschäftigte im informellen Sektor sogar um 198,02%. Der erfolgreich implementierte politisch-akademische Diskurs zur Schaffung einer neuen Mittelklasse propagierte den Erfolg des Wachstumsmodells mit sozialer Inklusion. Denn schließlich macht die Mittelklasse mehr als 50% der Bevölkerung aus und sichert die Stabilität der Demokratie gegenüber den Schwankungen des internationalen Marktes in Zeiten der Krise. Ein solcher Selbstbeweihräucherungsdiskurs hat keinen Blick für die Schwachstellen dieses wirtschaftlichen und sozialen Projekts.

Als Experteur von Gütern mit niedriger Wertschöpfung hing Brasilien von den Schwankungen der Nachfrage und den Preisen auf dem internationalen Markt ab und dies führte zu einer sinkenden industriellen Produktionskapazität und mangelnden technischen Erneuerungen. Das Wachstum des Binnenmarktes durch Transferleistungen des Staates und durch den Anstieg des Mindestlohns schien gegenüber der neuen Verschuldung und Unnachgiebigkeit des Konsums erschöpft.

Folglich, sei es seitens der Produktion oder seitens des Konsums, hat sich dieses Modell als prekär erwiesen. Ganz abgesehen davon ist ökologische Nachhaltigkeit kein zielweisendes Kriterium der Politik mehr, weil sie im Widerspruch zu diesem Wachstumsmodell steht. Interessengruppen wie Unternehmer der Agrar- und Bergbauindustrie erstarken politisch und erhalten Vetorecht, während die Industriepolitik die Steigerung der Produktion und den Autokauf unterstützt und so Investitionen im öffentlichen Nahverkehr vereitelt.

Auf diese Art ist die Frage der Nachhaltigkeit nicht mehr auf den Erhalt der natürlichen Rohstoffe begrenzt, denn heute ist das städtische Leben in den Megametropolen unerträglich geworden. Die konzeptionelle Schwäche des Begriffs Mittelklasse ist offensichtlich. Er beschränkt sich auf Konsumfragen und vertuscht schreiende Ungleichheiten, vor allem, wenn er sich auf Bewohner\*innen der Randgebiete der Großstädte und Favelas bezieht. Diesen fehlen grundlegende Sanitäreinrichtungen und Wasserversorgung, asphaltierte Straßen, regelmäßige Müllabfuhr und verlässlicher und sicherer Nahverkehr. Die Schaffung



von Arbeitsplätzen erfolgte vor allem im Dienstleistungssektor, in dem viele Stellen ohne Möglichkeit des Aufstiegs und der beruflichen Weiterqualifikation blieben, wie beim Telemarketing oder im Handel. Diese Stellen erfordern nur geringe Qualifikation und gehen oft mit unmenschlichen Arbeitszeiten einher. Die Ausbeutung wird aus Mangel an Perspektiven meist toleriert. Die schlechte Qualität der Schulbildung, der mangelnde Zugang zur Gesundheitsversorgung, die prekären Wohnbedingungen und die schlechte öffentliche Anbindung machen die Bevölkerung von möglichen Konjunkturerinbrüchen und Kürzungen im öffentlichen Etat abhängig. In diesem Kontext wird die dringende Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushaltes und einer Steuerreform deutlich.

Schlussfolgernd lässt sich feststellen, dass die Teilhabe am Markt zwar den Konsum der Ärmsten erhöhen kann, aber dieser Umstand allein nicht zu einer ausgewogeneren Gesellschaft führt. Ohne eine Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienste durch universelle Systeme und ohne entsprechende finanzielle Mittel und eine professionelle Leitung werden die entsprechenden Dienste die Nutzer\*innen eher stigmatisieren als sie dabei zu unterstützen, ihre eigenen Fähigkeiten auszubauen. Die individuellen Risiken, die mit gezielten politischen Maßnahmen einhergehen, betreffen auch deren soziale Verträglichkeit. Junge Menschen, die in den letzten Jahren Begünstigte öffentlicher Maßnahmen waren, neigen dazu, ihren sozialen Aufstieg als persönlichen Verdienst zu betrachten und nicht als Folge von sozialen Bedingungen oder politischen Projekten.

Insofern hat sowohl der Neoliberalismus als auch die soziale Wachstumspolitik auf unterschiedliche Weise den sozialen Konflikt entpolitisiert, isoliert und als Problem eines Ghettos beschrieben, das von der Kriminalität dominiert wird. Jedoch taucht das, was unterdrückt wird, permanent als Symptom auf:

Einerseits besteht der Versuch der Militarisierung des Sozialen durch die „Befriedung“ von Armenvierteln und die Vertreibung der Drogenhändler, die sie kontrollieren. Die Politik der UPPs – „Einheiten zur polizeilichen Befriedung“ – kreieren einen Ausnahmezustand, bei dem sich die polizeiliche Ordnung über demokratische Errungenschaften erhebt, in einem Versuch, das Projekt umzukehren: vom welfarestate - Wohlfahrtsstaat zum warfarestate - Kriegsstaat.

Andererseits geben Jugendliche, die häufig Opfer symbolischer Gewalt durch eine vorurteilsbeladene Gesellschaft und durch den staatlichen Repressionsapparat sind, welcher Arme, Schwarze, und Favela-Bewohner\*innen diskriminiert, ihrer sozialen Unterdrückung in künstlerischem Aufbegehren durch Graffiti oder Funk-Musik Ausdruck und bestätigen damit die politische Willkür.

Die Demonstrationen im Juni 2013 haben gezeigt, dass diese Unzufriedenheit mit dem politischen System sich schnell ausweiten kann, durch die sozialen Medien potenziert wird und dazu führen kann, dass all die Forderungen gegen jegliche Form der Missachtung der Bürger\*innenrechte auf die Straße gebracht werden.

\* Sonia Fleury ist Politologin, Soziologin und Psychologin. Sie lehrt an der Brazilian School for Public and Business Administration der Getúlio-Vargas-Stiftung in Rio de Janeiro. Ihre Spezialgebiete sind u.a. Demokratietheorie, Gesundheitspolitik, Staatsreform und Favela-Studien.

> Aus dem brasilianischen Portugiesisch übersetzt von Tina Kleiber.

Original auf der Website:

<https://www.kooperation-brasilien.org/themen/politik-wirtschaft/brasil-ainda-em-busca-do-desenvolvimento>





**Achtung**

Verringern Sie die Geschwindigkeit.

Baustelle!

Foto: Camila Souza/flickr

**Zu Beginn** dieses Jahrhunderts setzte in Südamerika ein Prozess ein, der die politische Landschaft des Kontinents einschneidend verändert hat: In immer mehr Ländern des Kontinents gewannen linksgerichtete, „progressive“ Regierungen die Wahlen und leiteten neue gesellschaftliche Prozesse ein. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass Erfolge linker Regierungen keine kurzlebigen Episoden blieben, sondern sich zunehmend konsolidierten und in Wiederwahlen bestätigt wurden. Die komplexen politischen Prozesse in den verschiedenen Ländern sind jedoch nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Zusammenfassende Begriffe wie „Linksruck“ oder „progressive Regierungen“ täuschen eine Einheit vor, die nicht existiert. Zu dem „progressiven Block“ werden heute Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Uruguay und Venezuela gerechnet. Mit dem Wahlsieg von Humala könnte auch Peru nun zu den „progressiven Staaten“ gezählt werden. In Paraguay dagegen bleibt die Regierung Lugo anscheinend nur ein kurzes Zwischenspiel. Allen diesen Regierungen ist eine klare Abgrenzung zum Neoliberalismus gemeinsam, ihr Aufstieg ist mit den sozialen Bewegungen verbunden. Die „progressiven“ Regierungen beenden die „lange Nacht des Neoliberalismus“, so bezeichnet es Rafael Correa, der Präsident Ecuadors. Der politische Aufbruch ist nur vor dem Hintergrund der katastrophalen Lage des Kontinents zur Jahrtausendwende zu verstehen. In den letzten zwei Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts war Südamerika durch Dauerkrisen, hohe Verschuldung und Inflation geplagt. In der Politik galt die Priorität der „Stabilisierung“ und politische Aktivitäten waren stark von den Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) geprägt. Soziale Reformen blieben dabei auf der Strecke. Lateinamerika gehörte zu Beginn des Jahrtausends weltweit zu den Regionen mit der höchsten Ungleichheit und blickte auf zwei verlorene Dekaden zurück.

## ***Buen Vivir* – ein neuer Aufbruch in Südamerika?**

von Thomas Fatheuer\*

Diese allgemeinen Tendenzen in Südamerika sollten allerdings nicht über die immensen Differenzen zwischen den einzelnen Ländern hinweg täuschen – auch im Hin-

blick auf die politischen Wege, die die „progressiven“ Regierungen einschlagen. Zwischen dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela, dem Weg Brasiliens unter Lula und Dilma Rousseff oder dem Neo-Peronismus der Kirchners in Argentinien bestehen erhebliche Unterschiede. Dennoch sind auch Gemeinsamkeiten zu erkennen: Alle „progressiven“ Regierungen haben durch staatliche Sozialprogramme extreme Armut reduziert. Lateinamerika blickt auf eine Dekade erstaunlicher wirtschaftlicher und politischer Stabilität zurück, in der Wohlstandsgewinne mit einer Verringerung der Ungleichheit einhergehen. Die Erhöhung der Staatseinnahmen spielte dabei eine entscheidende Rolle.

### **Bolivien und Ecuador**

Die beiden Andenstaaten Bolivien und Ecuador reihen sich 2006 (Amtsantritt von Evo Morales) und 2007 (Wahlsieg von Rafael Correa) in die Gruppe der Länder mit „progressiven“ Regierungen ein. Diese beiden Länder zeichnen sich durch zwei Besonderheiten aus: Der hohe Anteil indigener Bevölkerung und die wichtige politische Rolle indigener Bewegungen in der Politik des Landes. Der Fakt, dass Evo Morales als Repräsentant indigener Bewegungen zum Präsidenten gewählt wurde, ist von hoher symbolischer Bedeutung. Sowohl Bolivien als auch Ecuador verknüpfen den politischen Neuanfang mit einem Verfassungsprozess. Dabei definieren sich beide Länder als „plurinational“ und begreifen den Verfassungsprozess als konstituierend für eine neue, postkoloniale Identität. Dies bedeutet vor allem eine Stärkung der Autonomie und Selbstverwaltung indigener Gebiete und Gemeinschaften sowie eine weitgehende Anerkennung traditioneller Rechtsprechung. Gleichzeitig bekennen sich beide Staaten zu den UN-Menschenrechten. In Bolivien provozierte der verfassungsgebende Prozess ebenso wie in Ecuador heftige und teilweise erbitterte Debatten; schließlich wurden aber in beiden Ländern die Verfassungen mit deutlichen Mehrheiten in Plebisziten angenommen. International erregten die neuen Verfassungen in den Andenstaaten vor allem deshalb Interesse, weil sie zwei ungewöhnliche Konzepte aufnahmen: Das Prinzip des *Buen Vivir* und die Anerkennung der Rechte der Natur.

### **Gutes Leben in den Anden**

Die Begriffe *Buen Vivir* oder *Vivir Bien*, wie es in Bolivi-

en heißt, beziehen sich ausdrücklich auf indigene Konzepte, die allerdings in den verschiedenen indigenen Sprachen unterschiedliche Namen haben. *Sumak kawsay* (Quechua) oder *suma qamaña* (Aymara) sind die häufigsten Bezeichnungen. Die Verfassungen der Andenländer haben also kein neues Konzept geschaffen, sondern alte anzesträre Konzepte aufgegriffen. So einprägsam die Übersetzung *Buen Vivir* - Gutes Leben ist, sie trifft kaum die Komplexität der indigenen Konzepte, die Teil einer spezifischen und uns fremden Kosmologie sind. Muricho Poma schlägt die Übersetzung „Gutes Zusammenleben“ vor. Tatsächlich zielt *Buen Vivir* auf das (harmonische) Zusammenleben zwischen den Menschen und mit der Natur. Das Vorbild für das *Buen Vivir*, soll in den ayllu, den gemeinschaftlichen Einheiten des indigenen Lebens, zu finden sein. Das Konzept des *Buen Vivir* ist voraussetzungsvoll, es beruft sich auf Tradition, auf eine Vergangenheit, die noch in der Gegenwart wirkt, und es bezieht sich auf ein Ideal, nicht auf eine vorfindbare Wirklichkeit. Folgende Elemente sind für das Konzept des *Buen Vivir* zentral:

- gut Leben heißt nicht, viel zu besitzen. Das erstrebenswerte Gut ist nicht die materielle Fülle, sondern die Qualität des Zusammenlebens.
- *Buen Vivir* stellt das Verhältnis zur Natur in den Mittelpunkt. Gut Leben heißt auch gut mit der Natur zusammenleben.
- das Prinzip der Reziprozität ist zentral, sowohl in der Beziehung unter den Menschen als auch mit der Natur. Gegenseitigkeit und nicht Hierarchie strukturiert die Gemeinschaft.
- *Buen Vivir* ist ein Gegenentwurf zum Entwicklungsdiskurs. Nicht immer mehr wachsen ist das Ziel, sondern die Erschaffung eines Gleichgewichtszustandes, einer Harmonie.

Bei einer solchen Beschreibung des Konzeptes des *Buen Vivir* verwundert es nicht, dass das andine Konzept auch



Graffiti: *Ocupação Cultural* - Güte erzeugt Freundlichkeit, Belo Horizonte.  
Foto: Mídia Ninja / flickr.

außerhalb der Region auf großes Interesse stößt: es bietet Anstoß zu Debatten um Wachstum und Wachstumskritik. „Jenseits des Wachstums“ hieß ein von Attac organisierter Kongress, bei dem einer der wichtigsten Vertreter des *Buen Vivir*, Alberto Acosta, die Eröffnungsrede hielt. Auch beim *Degrowth* Kongress in Leipzig (September 2104) war das Konzept des *Buen Vivir* als Gegenentwurf zur Wachstumsideologie sehr präsent.

Doch in den meisten Debatten stellt sich gleich die Grundfrage: Ist *Buen Vivir* mehr als eine schöne Idee, entspricht den Worten der Verfassung auch eine Realität? Dieser Einwand ist voreilig, denn selbstverständlich können Verfassungskonzepte nicht von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden. Die Verfassungen Ecuadors und Boliviens verstehen sich explizit als „transitive Verfassungen“, die eine Art *road map* (Acosta) für Veränderungen vorgeben und nicht als Beschreibung gesellschaftlicher Realität dienen. Dennoch: Besonders die Verfassungen der beiden Andenländer sind in die aktuellen politischen Transformationen eingeschrieben, sie sind auch Teil eines umstrittenen Prozesses. So fällt es im heutigen Bolivien den Gegner\*innen von Evo Morales schwer, in der Eingliederung des *Buen Vivir* in die Verfassung etwas anderes als Regierungspropaganda zu sehen. Aber auch wenn das Konzept in Ecuador und Bolivien in umstrittene Regierungsprojekte einbezogen wird, es bleibt ein Bezugspunkt für soziale Bewegungen.



PAC: Wachstumsbeschleunigungsprogramm: Modernisierung des Flughafens in Cuiabá, Mato Grosso.  
Foto: Roberto Stuckert Filho / flickr.

### Brasilien: Schnelles Wachstum statt gutes Leben

Der kurze Blick auf die Andenländer zeigt schon, dass diese im starken Kontrast zu Brasilien stehen. „Beschleunigung des Wachstums mit Umverteilung“ ist wohl die griffigste und prägnanteste Kurzformel für das Regierungsprojekt Lula/ Dilma. Es ist kein Zufall, dass Dilma Rousseff, die Koordinatorin des „Wachstumsbeschleunigungsprogramms“ PAC, von Lula zu seiner Nachfolgerin ausgewählt wurde. Im Gegensatz zu der besonderen Situation in Ecuador und Bolivien, hat das hegemoniale politische Projekt in Brasilien den Diskurs des *Buen Vivir* nicht aufgegriffen. *Buen Vivir* bildet also kein gemeinsames Debattenfeld zwischen den verschiedenen transformativen Diskursen, sondern kann höchstens als Gegenentwurf Bedeutung erlangen. Auch dies ist aber in Brasilien trotz einer Rezeption des Konzeptes im Kontext der Sozialforen nicht geschehen. *Buen Vivir* ist also kein Konzept, das verschiedene Strömungen, die eine Alternative zum herrschenden Modell suchen, vereinigen könnte. Die Dissidenz zum Modell Lula /Dilma drückt sich eher in einer Vielzahl lokaler Konflikte und Proteste aus: In dem Widerstand gegen Großprojekte wie Belo Monte, den Kämpfen um Landrechte der Landlosen sowie der lokalen und indigenen Gemeinschaften, in den urbanen Protesten und Besetzungen. Hinzu kommen zahlreiche fragmentierte

Initiativen, die nach Alternativen suchen, wie die Projekte der solidarischen Ökonomie und der *agroecologia*.

In Brasilien stellt eher das Konzept der *justiça ambiental*, der Umweltgerechtigkeit, einen Versuch dar, verschiedenen Protesten einen gemeinsamen Rahmen zu geben. *Buen Vivir* hat sich dafür bisher nicht durchgesetzt. Dazu fehlt auch eine starke indigene

Bewegung, die politischen Einfluss auf die Debatte um das Entwicklungsmodell nehmen könnte. Im aktuellen politischen Kontext scheint die Verbindung von Wachstum und Umverteilung als legitimierende Kraft so stark, dass für ein in Frage stellen der Wachstumsideologie kein Platz ist. Dennoch, *Buen Vivir* ist vermittelbar über Fragen, die in Brasilien zunehmend gestellt werden: Wachstum wofür? Wachstum des privaten Konsums oder Verbesserung der öffentlichen Güter wie Schulen, Gesundheitsversorgung und ÖPNV. Somit kamen in den sozialen Protesten des unruhigen Jahres 2013 zumindest Fragen auf, die gerade durch den anderen Blick des *Buen Vivir* auf Gesellschaft und Politik zu einem alternativen Konzept erweitert werden könnten.

\* Thomas Fatheuer ist KoBra-Vorstand. Von 2003 bis Juli 2010 leitete er das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. Zahlreiche Veröffentlichungen zum brasilianischen Entwicklungsmodell und dem Konzept des *Buen Vivir*.

**Eine vollständige** und umfassende Analyse der gegenwärtigen Realität Brasiliens muss mit einkalkulieren, dass die Ausgangsbedingungen der Bevölkerung bereits mit dem Eintreffen der Portugies\*innen im Jahre 1500 geschaffen wurden. Die Bedingungen bestehen immer noch, da es keine einschneidenden Veränderungen der Grundstrukturen gab. Die Dominanz der einst an das portugiesische Königshaus gebundenen Eliten existiert weiter. Die arbeitenden Schichten erlebten einen beschleunigten Transitionsprozess von der Sklaverei über die Unterordnung bis hin zu legalisierter Ausbeutung. Die monetäre Entlohnung geht nicht zwangsläufig mit der Inklusion in den Arbeitsmarkt und der realen Eingliederung in die brasilianische Gesellschaft einher. Trotz der Demokratisierung des politischen Systems in den 80er Jahren und den Regierungen der vergangenen Jahre, konnten die Arbeiter\*innen und unteren Schichten keinen wirklichen Fortschritt in Richtung Machtausübung und Wahrnehmung ihrer Bürger\*innenrechte machen. Die zahlreichen Bemühungen seitens der Regierungen und der Gesellschaft konnten keine effektiven Prozesse der sozialen Transformation einleiten.

## Brasilien nach der Demokratisierung und zwölf Jahren PT-Regierung

von Daniel Rech\*

### 1. Einkommensverteilung und die Überwindung von Ungleichheit

Brasilien ist durch eine starke Einkommenskonzentration und unüberwindbare Einkommensdisparitäten gekennzeichnet. Während es in der traditionellen Mittelschicht, der bürgerlichen Elite, die noch nicht zu den ganz Reichen gehört, zu einer Absenkung der Kaufkraft kam, wird die Oberschicht weiterhin durch ein ungerechtes Steuersystem in hohem Maße begünstigt. Die Mittel- und Unterschichten hingegen den größten Anteil der Rechnung durch Steuern in einer Höhe von etwa 37 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Durch die proportional höhere Besteuerung geringverdienender werden somit die Einkommens- und Vermögensungleichheit nachhaltig zementiert und fortgeführt. In Brasilien wird seit einiger Zeit behauptet,

dass zwischen 2002 und 2012 etwa 14,9 Millionen Brasilianer\*innen mit einem monatlichen Einkommen von bis zu 70 Reais, umgerechnet 24 Euro, aus der Armut geholt wurden. Würde man jedoch das inflationär angepasste mittlere Einkommen berücksichtigen, ergäbe sich, dass immer noch ungefähr 22 Millionen Menschen an der Armutsgrenze leben. Der *Human Development Index* (HDI), der Wohlstandsindikator der Vereinten Nationen, stieg für Brasilien im Jahre 2012 auf 0,742 Punkte. Würden jedoch die realen sozialen Ungleichheiten in Betracht gezogen – fehlende Indikatoren hinsichtlich der Lebenserwartung und des Bildungssystems (Jugendliche oder Menschen im Rentenalter, die Analphabeten sind oder die schulische Oberstufe nicht abgeschlossen haben), sowie des Zugangs zu einem Einkommen (Ungleichheiten zwischen den Reichsten und Einkommenschwächsten) und der Einkommensentwicklung zu Stande kommen – würde der HDI in Brasilien auf 0,542 fallen.

Man muss durchaus anerkennen, dass die Regierungen der Arbeiter\*innen-Partei *PT* auf die bestehenden Schwierigkeiten reagiert haben. Sie initiierten die Aufwertung des Mindestlohns, welcher jedoch aufgrund des prekären Zustands der Basisdienstleistungen, insbesondere des Gesundheits-, Bildungs-, Transport- und Wohnungswesens schnell aufgefrischt wird. Auch spezifische Investitions- und Ausgabenprogramme, öffentliche Aufträge, verschiedene Steuererleichterungen sowie die Möglichkeit, sich als „Individuelle\*r

Kleinstunternehmer\*in“ registrieren zu lassen und das Programm *Bolsa Familia* hat die Regierung eingeleitet. Bei dem Sozialhilfeprogramm *Bolsa Familia* handelt es sich im Kern um ein kurzfristiges, nicht-zukunftsorientiertes Konsumprogramm, das nicht langfristig auf Bodenbesitz, Chancenerhöhung und Generierung von Einkommen ausgerichtet ist. Infolgedessen stellt das genannte Sozialhilfeprogramm kein effektives Instrument dar, um eine dauerhafte und gleichzeitig nachhaltige soziale Veränderung herbeizuführen. Gleichzeitig wird die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Interessenverbände weitgehend torpediert. Beispielhaft steht hier die kürzlich erfolgte Verabschiedung des neuen Handlungsrahmens *Marco Regulatório das Organizações da Sociedade Civil*. Das neue Gesetz, das die Bereitstellung von Bundesmitteln an NGOs und andere soziale Organisationen regeln soll,

schuf ein monströses Werk. Die neue übermäßige Quantität und Komplexität der zu erfüllenden Vorgaben für den Zugang zu öffentlichen Mitteln führt dazu, dass nur große Vereine, Organisationen und Institutionen mit spezialisiertem Personal und einer breiten existierenden Struktur darin handlungsfähig sein können.

## 2. Der Umgang mit den natürlichen Ressourcen

Der Umweltschutz, beziehungsweise der verantwortungsvolle und nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen, ist zweifellos eines der zentralen Politikfelder in Brasilien, dem die PT in ihrer Amtszeit jedoch viel zu geringe Zuwendung hat zukommen lassen. Augenfällig dabei ist der Umstand, dass in Brasilien von Anbeginn an ein Prozess der privaten Aneignung und des Raubtierkonsums der natürlichen Ressourcen entfesselt wurde. Dies führte dazu, dass sich die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen reduzierte und als Kapitalvermögen und Einkommen in die Hände der privilegierten Eliten geriet. Ein Prozess, der sich weiter dramatisch verschärft durch die Nachfrage der internationalen Märkte nach Soja, Mais, Zuckerrohr und Rindfleisch, die den Einsatz chemischer Produktionsformen verlangt, die sowohl für den Mensch als auch für die Natur schädlich sind. Ihre Auswirkungen treffen darüber hinaus den ärmsten Teil der Bevölkerung.

*Ocupação Cultural: Plebiszit für verfassungsgebende  
Versammlung in Belo Horizonte.  
Foto: Mídia Ninja / flickr.*

Brasiliens soziale Bewegungen, die sich in den 1980er und 1990er Jahren sehr aktiv gegen die großen Wasserkraftwerke und die Ausweitung des Agrarbusiness eingesetzt haben, hatten es mit dem Aufstieg der bewegungsnahen PT schwer, weiterhin ihre Stimme gegen die Zerstörung natürlicher Lebensräume zu erheben. Nur wenige Bewegungen haben sich weiterhin unermüdlich und entschlossen für diese Themen eingesetzt. In diesem Kontext muss die intensive Mobilisierung der indigenen Organisationen, kleiner lokaler Organisationen und einiger Sektoren der Kirche positiv hervorgehoben werden. Trotz aller Widrigkeiten und Herausforderungen glauben diese noch daran, die Situation verändern zu können und die Regierung zum positiveren und nachhaltigeren Handeln zu bewegen. Die Bewahrung natürlicher Ressourcen, eine nachhaltige Koexistenz zwischen Umweltschutz und Nahrungsmittelproduktion, der Schutz ländlicher Gebiete vor unbefugter Aneignung und ein Zugang zu sauberer Energieversorgung waren immer schon Themen, für die sie gekämpft haben.

## 3. Handlungsmöglichkeiten und die Vorherrschaft des Marktes

Möglicherweise stellt dieses Kapitel den am wenigsten bekannten und am meisten abgelehnten Gegenstand des aktuellen Entwicklungsmodells Brasiliens dar. Lange Zeit wurde der Markt als Feind angesehen. Man dachte, es sei möglich, nur für den eigenen Konsum zu produzieren und nur in Ausnahmefällen Austauschbeziehungen zu pflegen. Die Regierungen der PT – ebenso wie die vorherigen – begünstigten die Konzentration der Produktion ebenso wie den Marktzugang von Großkonzernen oder, wie es die Regierung Lula formulierte, den „nationalen Gewinnerfirmen“. Die Konsumgenossenschaften



werden seit der Regierung Fernando Henrique Cardoso von steigenden Steuerbelastungen und Hygienevorschriften geschluckt, die in der Regel nur große Betriebe erfüllen können. Generell lässt sich die Tendenz beobachten, dass die sozialen Bewegungen, wie beispielsweise die Bewegung der Obdachlosenbewegung *MTST* und die Nationale Bewegung der Müllsammler\*innen, von der Notwendigkeit überzeugt sind, sich über die Vermarktung ihrer Produkte den Markt anzueignen, um dadurch Mittel für den sozialen Prozess zu generieren. Die gewerkschaftlichen Bewegungen jedoch widersetzen sich energisch diesen Organisationsprozessen und der produktiven Autonomie. Es werden neue, noch wenig definierte Wege gesucht, die große Umsetzungsschwierigkeiten mit sich bringen – wie im Falle der sogenannten Solidarischen Ökonomie oder des Mikrokredits.

#### 4. Veränderungen der Landwirtschaft

Die Initiativen für eine sozialverträgliche Nutzung der natürlichen Ressourcen wurden von der Ideologie des Privateigentums oder der unbeschränkten Macht des Staates, welcher sich immer auf die Seite der Großgrundbesitzer\*innen stellt, systematisch zunichte gemacht. Ungeachtet dessen wurde die Umverteilung des Bodenbesitzes immer als essentieller Bestandteil der Entwicklung Brasiliens gesehen. Die sozialen Bewegungen entwarfen gemeinsam mit den verschiedensten Bewegungen der Zivilgesellschaft durch die Errichtung von Kollektivbetrieben, Gegenentwürfe zum Privateigentum. Mancherorts funktionierten sie zwar, hatten jedoch nie eine größere Beständigkeit. Im Laufe der Zeit kapitulierten viele angesichts der Verständigungs-, Produktions- und betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Regierungen der *PT* hielten unbeirrbar an dem Glauben der Agrarrevolution durch das Agrarbusiness fest. Sie akzeptierten die hohen Rohstoffexporte als wesentlichen Bestandteil des wirtschaftlichen Aufschwungs des Landes.

Die herausforderndsten und militantesten sozialen Bewegungen auf diesem Gebiet, sowie die entsprechenden Bewegungen der Zivilgesellschaft, waren aufgrund eigener Überlebensschwierigkeiten mit sich selbst beschäftigt. Als Konsequenz fanden sie sich schließlich mit den beschränkten Möglichkeiten ab, die ihnen von den Machtstrukturen angeboten wurden. Damit verlief sich die Agrarfrage als praktisch nicht umsetzbarer Vorschlag in den alltäglichen Debatten und in der polit-

ischen Agenda. Auch die gelegentlichen Fördermittel für die genossenschaftlich organisierte, familiäre Landwirtschaft sind aufgrund der Fiskal- und Steuerpolitik zur Wirkungslosigkeit reduziert und die Subventionen zielen vor allem auf die Begünstigung der industriellen Großkonzerne ab.

#### 5. Soziale Teilhabe und Machtausübung

Die Annahme, dass der Staat im Allgemeinen und die Regierung insbesondere, schon wisse, was das Beste für das Land ist, hat den Weg für soziale Partizipation versperrt. Die wenigen Angebote für Partizipation bewirken eher eine Unterstützung der Macht- und Amtsausübung anstatt entscheidend und intensiv zum Aufbau einer neuen, gerechteren Gesellschaft beizutragen. Die *PT*-Führung hat in diesem Sinne die Fortdauer und in einigen Fällen die Stärkung privater Sektoren wie die kapitalistische Unternehmensökonomie, die fundamentalistische Religion, die traditionelle Erziehung und die konservativen Kommunikationsmittel begünstigt. Diese Sektoren sind kaum kontrollierbar und üben im Inneren der Gesellschaften einen nicht kalkulierbaren Einfluss aus. Sie bestimmen letztlich, was möglich ist und was nicht.

Das Konzept von Politik als Gestalterin neuer Realitäten und der Gerechtigkeit konnte sich nicht in der öffentlichen Verwaltung des brasilianischen Staates etablieren. Es scheint, als ob vergangene Regierungen, ebenso wie die vorherigen der *PSDB*-Partei, dazu tendieren, die Politik als einen Versöhnungsdienst der Interessen der Herrschenden zu verstehen, auf der Suche nach allgemeinem Wirtschaftswachstum, das nicht immer der Gesamtheit der Bevölkerung zu Gute kommt.

Es ist allgemein bekannt, dass Aktivist\*innen sozialer Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die nicht direkt mit der öffentlichen Hand in Verbindung stehen, immer unzufriedener und enttäuschter mit den Regierungen sind. Die Verbindung, die man in Brasilien für gewöhnlich als „Achse des Bösen“ bezeichnet – Agrarbusiness, „religiöser Fanatismus“ und das Medienmonopol – sowie die anhaltende Präsenz des „harten Kerns“ der Regierung in den Entscheidungsmomenten (konservativ, nah am großen Unternehmertum und dem Dialog abgeneigt), ergibt zusammen ein zentralisierendes Profil. Das lässt erahnen, wie viel wir verloren haben und wie wenig erreicht wurde, um die Teilhabe und den Zugang zur Handlungsmacht für eine breite Bevölkerungsschicht Brasiliens zu erweitern.

Dieser Schritt aber wäre wichtiger, als kleine Zuwendungen, Hilfen und Verbesserungen, die nicht dazu beitragen, die Realität Brasiliens nachhaltig und einschneidend zu verändern.

\* Daniel Rech ist Jurist bei CAIS und Berater der Partnerorganisationen von Misereor und den sozialen und Basisbewegungen in Brasilien.

> Übersetzt aus dem brasilianischen Portugiesisch von Phyllis Bußler.

Link zum portugiesischsprachigen Original:

<https://www.kooperation-brasilien.org/themen/politik-wirtschaft/a-situacao-do-brasil-apos-a-democratizacao-e-os-12-anos-de-governo-pt>

**W**elche Relevanz haben soziale Ungleichheit und nachhaltige Entwicklung für die politische Kultur brasilianischer Jugendlicher? Vor dem Hintergrund der Massendemonstrationen 2013 und bestehender quantitativer Studien wurde eine qualitative Untersuchung mit Gruppendiskussionen in Belo Horizonte und Kleinstädten des Jequitinhonha-Tals durchgeführt. Sie umfasst 32 Jugendliche und fokussiert thematische kollektive Wahrnehmungsmuster. Zusätzlich wurden Expert\*innen der Bundesuniversität von Minas Gerais *UFMG* (Belo Horizonte) und der Nichtregierungsorganisation *FASE* (Rio de Janeiro) interviewt. Politische Kultur wird hier mit Karl Rohe (2003) verstanden als kollektives Phänomen grundlegender, in großen (Sub-) Gruppen bestehender Wahrnehmungen und Vorstellungen von der politischen Welt. Insgesamt zeigte sich, andere Studien bestätigend, eine mehrheitlich politisch interessierte brasilianische Jugend, die kritisch gegenüber der Tagespolitik ist und am öffentlichen Leben teilhaben möchte. Diese Jugend erfährt soziale Ungleichheiten alltäglich. Als politische Herausforderung stellt sie diese den Fragen nachhaltiger Entwicklung deutlich voran.

## Die (Ir-)Relevanz nachhaltiger Entwicklung? Zur politischen Kultur brasilianischer Jugendlicher

von Jonas Immanuel Vollmer\*

### Die Achse "Konsum" und der Wiederhall politischer Wahrnehmungen

Es zeigt sich in den Gruppendiskussionen, dass Konsum zur Bedürfnisbefriedigung und als Arsenal zur Identitätskonstruktion zentral dafür ist, wie brasilianische Jugendliche soziale Ungleichheiten und nachhaltige Entwicklung wahrnehmen. Konsum von Statusprodukten wird mit der Überwindung von Exklusion und dem Erhalt sozialer Anerkennung verknüpft. Die Frage der Bedürfnisse taucht in zwei Gruppendiskussionen auf: bezüglich der Lebensqualität (Notwendigkeit und Überfluss von z.B. elektronischen Artikeln) und bezüglich der sozialen Konstruktion von Bedürfnissen (Fragen der



Kampagnen für den Plebiszit in Rio de Janeiro: "Ich unterstütze die politische Kampagne für eine verfassungsgebende Versammlung", "für besseren öffentlichen Nahverkehr".

Foto: Ninja Midia / flickr..

sozialen Zugehörigkeit über (Nicht-)Besitz von Produkten und werbeerzeugten Bedürfnissen). Die politische Welt als solche firmiert stets als eine vom Alltag getrennte Sphäre. Deren Wahrnehmung variiert von „Prozessorientierter Funktionsmodus zur Interessenverfolgung in Gruppen“, zu „Chancenvergrößerer und Ressourcenanbieter“, „feindliche, chaotische, bedrohliche Sphäre“, „tolles Gesprächsthema“ bis hin zu „soziale, genau definierte Zeit (Wahlen)“. Die Gruppen aus der Millionenmetropole Belo Horizonte machen in weitaus größerem Maß als die aus dem Jequitinhonha-Tal die institutionalisierte Politik für Lösungen verantwortlich. Diese Wahrnehmungen des Politischen durchziehen die Diskussionen: Soziale Ungleichheit und nachhaltige Entwicklung werden in der Wahrnehmung sehr deutlich mit politischen Handlungsfeldern verwoben.

#### **Vom Ich zum Wir: Der Platz des Individuums im ländlich-städtischen Brasilien**

Für die Jugendlichen scheint das Handeln vom Individuum hin zum Kollektiv zentral. Ein Beispiel ist der Vorschlag des bewussten Konsums in der Perspektive der nachhaltigen Entwicklung. Dieser bringt, für die erforschten Gruppen, Bürger\*innen wie auch ökonomische und politisch-administrative Akteure ins Spiel. Wenn man die Vielfalt der politischen Vorstellungswelten der Gruppen in Beziehung zueinander setzt, wird damit auch deutlich, dass die Jugendlichen kein Handlungsmonopol aufstellen, das nur Staat, nur Markt oder nur das Individuum umfasst. Es zeigen sich ebenso in allen Gruppen dieselben sozialen Normen bezüglich Recycling (*reduzir, reutilizar, reciclar*), interindividueller Vorbild-

funktion und individuellem Umweltbewusstsein. Zudem verwässern Unterschiede zwischen Stadt und Land, wie bei den zusammenhängenden Wahrnehmungen der metropolitenen und „ländlich-städtischen“ Jugendlichen sichtbar wird. Kollektive Wahrnehmungen und Träume von Konsum, Status, Gleichheit und Nachhaltigkeit erscheinen als Teil des global dominanten städtischen Zivilisationsmodells. Die über Medien und virtuelle, geographisch unabhängige Räume laufenden Diskurse dienen den Jugendlichen zur Interpretation von Alltagserfahrungen.

#### **Abgleich mit den Experteninterviews**

Für brasilianische Jugendliche ist aus Sicht der Experten die Ungleichheit im Zugang zum öffentlichen Raum und seinen Gütern besonders relevant, was teilweise in den Gruppendiskussionen auftauchte. Ähnlich zu den Gruppen, schätzen die Experten auch die Relevanz nachhaltiger Entwicklung ein: Sowohl Fragen des „Lebensraums Stadt“ als auch Kapitalismuskritik tauchen als Teile der kollektiven Orientierungsmuster der Jugendlichen auf. Beide Themen betreffen Jugendliche verschiedener sozialer Schichten, allerdings in unterschiedlicher Weise und Intensität, und insbesondere Mittelschichten. Dies wurde über die Gruppendiskussionen bestätigt, deren Teilnehmende alle der „neuen“ unteren Mittelschicht angehören. Die Experten vermuten - wie auch in anderen Studien angesprochen - dass aus der Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie in Brasilien eine neue politische Kultur unter brasilianischen Jugendlichen entstehen könnte, die eine größere politische Beteiligung anstrebt. Im Einklang sowohl mit anderen Forschungen als auch mit den in dieser Studie



GartenCoop Freiburg. Foto: GartenCoop.

sche Jugendliche Priorität im Ausbalancieren ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele, freilich ohne die genannten anderen völlig aus dem Blick zu verlieren. Auf diese Weise übernehmen die Jugendlichen die Rolle von Akteur\*innen im Entwicklungsprozess, wie im Kapitel 25 der Agenda 21 gefordert wird und öffnen der brasilianischen Gesellschaft wichtige Orientierungsperspektiven.

aufgedeckten kollektiven Orientierungen steht die Experteneinschätzung, dass Fragen nachhaltiger Entwicklung (noch) hinter den Prioritäten für Ungleichheitsfragen und kollektiven Identitäten rangieren.

### **Für eine Entwicklung mit den Akteuren im Zentrum: Inklusion über soziale Nachhaltigkeit**

Die Ergebnisse umfassen Jugendliche der "neuen Mittelschicht" in Brasilien, weshalb sie nicht für das vielschichtige Bild der jugendlichen Realitäten in Brasilien verallgemeinert werden können. Dafür müssten mehr (quantitative) Analyseaspekte vergleichend berücksichtigt werden sowie andere Schichten, Regionen und Geschlechter. Eines zeigte sich jedoch sehr deutlich: Umweltfragen stellen sich für brasilianische Jugendliche vor allem dann, wenn sie ihr Verhalten im Alltag und ihre sozio-politische Teilhabe bzw. Anerkennung beeinflussen. Sie sind damit an nachhaltiger Entwicklung keinesfalls desinteressiert. Vielmehr sollte man analog zu den drei Säulen nachhaltiger Entwicklung (Ökologie, Ökonomie, Soziales) die Wahrnehmungen ernst nehmen und soziale Nachhaltigkeit fokussieren: den langfristigen Erhalt von Kapazitäten in den Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft, die über Arbeit ebenso verlaufen wie über Institutionen, menschliche Grundbedürfnisse und die Umsetzung von Normen wie soziale Gerechtigkeit, menschliche Würde und Teilhabe. Damit verdient die Säule „soziale Gerechtigkeit“ für brasiliani-

\* Jonas Immanuel Vollmer hat Politikwissenschaft, Geschichte, Sozialwissenschaften und Deutsch an der Universität Freiburg und der Bundesuniversität Minas Gerais studiert. Seine Abschlussarbeit "Politische Kultur im jungen Brasilien: Die Bedeutung sozialer Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung für brasilianische Jugendliche basiert auf Feldforschungen in Brasilien."

- 1 Siehe als neueste Studie: Secretaria Nacional de Juventude (SNJ) da Secretaria-Geral da Presidência da República (2013): Agenda Juventude Brasil: Pesquisa Nacional sobre Perfil e Opinião dos Jovens Brasileiros, Brasília, online: <http://www.juventude.gov.br/noticias/arquivos/pesquisa-atualizada-16-01.2013> (15.09.2014).
- 2 Es nahmen 8 Jugendliche (4 weiblich, 4 männliche) pro Gruppendiskussion teil, alle zwischen 15 und 24 Jahren und Angehörige der "neuen Mittelschicht" gemäß IBGE. Für die Arbeit im Jequitinhonha-Tal wurde eine Forschungskooperation mit der Kommunikationswissenschaftlichen Abteilung der Bundesuniversität Minas Gerais (UFMG) eingegangen.
- 3 Jackson, Tim (2009): Prosperity without growth. Economics for a finite planet, London; Sorj, Bernardo/Martucelli, Danilo (2008): O desafio latino-americano. Coesão social e democracia, tradução de Renata Telles, Rio de Janeiro.
- 4 Santos, Milton (2005): A urbanização brasileira, 5. Aufl., São Paulo.
- 5 Littig, Beate/Grießler, Erich (2005): Social sustainability: a catchword between political pragmatism and social theory, em: Int. J. Sustainable Development, Vol. 8, Nos. 1/2, S. 72..

## Bitte stelle Dich kurz vor!

Ich bin Geografin und promoviere gerade an der *Universidade Federal Fluminense in Niterói*, Rio de Janeiro. Momentan bin ich auch Teil des Kollektivs „Andere Ökonomien“, das an das Forschungsprojekt LEMTO über soziale Bewegungen und Territorialitäten, angeschlossen ist. Das Projekt wird von Professor Carlos Walter Porto-Gonçalves geleitet und bietet für Forscher\*innen und Aktivist\*innen Raum für Erfahrungsaustausch von Organisationsformen des ökonomischen Aktivismus.

## Solidarität, Gegenseitigkeit und Gemeinschaftsgefühl

Schriftliches Interview mit Alanda Lopes vom *Coletivo Outras Economias* (Kollektiv Andere Ökonomien)

von Fabian Kern\*

**Du hast in Deutschland zu Solidarischer Landwirtschaft geforscht. Was hat Dich dazu bewegt?**

Ich arbeite schon seit meinem Magisterabschluss zum Thema Agrarökologie. Bereits damals haben wir die sozialökologische Nachhaltigkeit des in Brasilien entwickelten Biolandbaus in Frage gestellt. Auch wenn wir auf der einen Seite Fortschritte gemacht haben, bezüglich der Produktion und der Wertschätzung des Wissens um alternative Methoden und Techniken, stehen wir auf der anderen Seite immer noch vor großen Herausforderungen, was eine sozial gerechte Entwicklung auf dem Land angeht. Ökonomische Eliten dominieren den Biolandbau sowohl auf Seiten der Produzent\*innen als auch auf Seiten der Konsument\*innen. Der Zugang zu gesunden Lebensmitteln, der eigentlich allen Menschen garantiert sein müsste, ist letztlich beschränkt auf elitäre Marktnischen. Landwirtschaftliche Familienbetriebe sind angesichts der geschlossenen und bürokratisierten Kreise des Biolandbaus dazu gezwungen, nach konventionellen Methoden mit Agrargiften zu arbeiten. Es ist notwendig, die Prinzipien und Praktiken des landwirtschaftlichen Produktionssystems als Ganzes besser zu verknüpfen. Dazu gehört auch eine kritische Reflexion über die Beziehungen zwischen Konsument\*innen und Produ-

zent\*innen sowie zwischen Stadt und Land.

Dem vor fünf Jahren in Brasilien gestarteten Projekt zur Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi), liegt ein interessantes Konzept zu Grunde. Die Herausforderungen der Menschen, die auf dem Land produzieren, müssen mit den Ernährungsgewohnheiten der Gesellschaft verknüpft werden. In Brasilien befindet sich die sehr junge SoLaWi-Bewegung in einem Expansionsprozess und muss sich selbst nun Schritt für Schritt eine Kontur geben. Deutschland hat, im Vergleich zu Brasilien, schon viel mehr Erfahrungen mit Solidarischer Landwirtschaft gesammelt.

**Was hast Du in Deutschland vorgefunden? Und wie ist die aktuelle Situation der Solidarischen Landwirtschaft in Brasilien? Wo siehst Du Ähnlichkeiten und wo Unterschiede?**

In Deutschland hatte ich die Möglichkeit, verschiedene SoLaWi-Projekte kennenzulernen. Ich war in Freiburg, in München, Osnabrück und Berlin. Die Erfahrungen waren an jedem Ort sehr unterschiedlich. Sie spiegeln die Philosophie der Gemeinschaft wider, welche keine strenge oder normierte Organisationsform vorgibt. Das Profil der Mitglieder ist von Region zu Region aber auch innerhalb der Projekte sehr unterschiedlich. Die Motivationen sind sehr vielfältig: gesunde Ernährung, Umwelt, Ernährungssouveränität, bis hin zu politischem Aktivismus. Der Hauptantrieb der Leute liegt jedoch in der sozialen Anerkennung und Wertschätzung der Verflechtungen von Produktionsabläufen, Verteilung und Konsum. Die Gemeinschaft wächst mit dem Gefühl der gegenseitigen Verbundenheit zusammen – ausgestattet mit ethischen Koordinaten, die die Suche nach der Überwindung der Grenzen zwischen Konsum und Produktion sowie zwischen Land und Stadt leiten. Dieser Prozess ist auch in Brasilien zu beobachten. Die Debatte um die Förderung von alternativem Landbau mit ökologischer Ausrichtung, der sich vom Mainstream abgrenzt, ist in Brasilien noch relativ jung. Projekte der Solidarischen Ökonomie finden immer mehr Gehör im Land, aber sie kommen meist aus Produktionssektoren wie Kunsthandwerk oder größeren Kooperativen. Der Austausch mit dem Landwirtschaftssektor ist noch im Anfangsstadium und oftmals voller Widersprüche.

## Die GartenCoop als Baustein einer anderen Gesellschaft

Die GartenCoop Freiburg ist ein Landwirtschaftsprojekt mit rund 300 Mitgliedern, die ihren Gemüseanbau solidarisch finanzieren. Alle packen tatkräftig mit an und teilen sich die Ernte. Gegründet wurde die GartenCoop vor fünf Jahren von Gärtner\*innen, Landwirt\*innen, Klimaaktivist\*innen und Aktiven anderer sozialer Bewegungen verschiedenen Alters.

Seit 2011 wird auf neun Hektar Land in der Nähe von Freiburg ein konsequent ökologischer Gemüseanbau umgesetzt, für den 100% samenfeste Sorten zum Einsatz kommen. Durch die ausschließliche Verwendung dieses Saatguts werden kleine Züchterbetriebe und Gärtnereien unterstützt, die eine Diversität erhalten und lokal angepasste Sorten entwickeln. Ziel der Kooperative ist es, die Mitglieder nicht nur mit saisonalem, ökologischem Gemüse zu versorgen, sondern sie auch an die Landwirtschaft heranzuführen. Durch regelmäßige Arbeitseinsätze bekommen die Mitglieder einen Einblick in die Arbeitsabläufe eines Gemüsebetriebs. Die Anmeldung zu den Arbeitseinsätzen sowie die Verteilung der produzierten Lebensmittel werden direkt von den Mitgliedern organisiert. Entscheidungen werden nach Möglichkeit im Konsens getroffen und auf regelmäßigen Versammlungen diskutiert. Das landwirtschaftliche Risiko einer schlechten Ernte wird solidarisch von allen gemeinsam getragen. Die Gärtner\*innen werden also nicht im Regen stehen gelassen, wenn es einmal nicht so gut läuft. Gleichzeitig wird durch einen selbst gewählten Mitgliedsbeitrag eine solidarische Beziehung zwischen den Mitgliedern geschaffen. Gegen Ende des Jahres wird ein Budget für das kommende Jahr aufgestellt, auf dessen Grundlage dann die Mitglieder ihr individuelles Gebot festlegen. Ziel ist es, dass die Summe aller Gebote die Kosten des Gemüseanbaus deckt.

Die Kooperative ist Teil einer gemeinschaftlichen Strategie, um den Folgen des Klimawandels, dem absehbaren Ende der fossilen Brennstoffe und der wachsenden Macht der Agrarindustrie über unsere Ernährung etwas entgegenzusetzen. Hier wird praktisch ausprobiert, wie Ernährung abseits des allgegenwärtigen Marktes und des herrschenden Dogmas „Wachse oder weiche!“ selbstbestimmt, regional, saisonal und ressourcenschonend umgesetzt werden kann. Es werden gesellschaftlich etablierte Macht- und Entscheidungshierarchien hinterfragt und die demokratische Transformation der Gesellschaft im Kleinen ausprobiert.

Gemeinsam mit Initiativen wie dem Mietshäuser-Syndikat ist die GartenCoop ein Baustein einer Gesellschaft, die nicht auf Wachstum und Gewinnmaximierung, sondern auf die konkrete Befriedigung von Bedürfnissen abzielt.

sozioökonomischen Handlungen zu werfen. Diese basieren, im Gegensatz zum vorherrschenden Produktionsmodells, auf ethischen Werten wie Solidarität, Gegenseitigkeit und Gemeinschaftsgefühl. Die sozioökonomischen Handlungen bauen auf alternative Formen der Organisation, Produktion und Verteilung auf. Mit diesen Strategien werden alte Praktiken von neuen sozialen Mechanismen der Wiederaneignung der materiellen Grundlagen des Lebens abgelöst. Das aktuell gültige Entwicklungsmodell mit seinen massiven Auswirkungen auf Umwelt und soziale Gerechtigkeit wird in Frage gestellt. Die kritische Überlegungen rund um maßlosen Konsum und Verteilungsungleichheit der Gewinne, bringen zentrale Fragen von *degrowth* an die Oberfläche und machen sie zu einem Horizont für andere Formen der Lebensführung – nicht nur ökonomisch, sondern

Deshalb versuchen wir uns nicht an den Begriff „Solidarische Landwirtschaft“ zu binden, sondern ziehen das Konzept der „Gemeinwohlökonomie“ (*economias comunitárias*) vor, das noch nicht von der Normierung durch die Regierung kooptiert wurde.

### Was hat Deine Forschung mit dem Thema *degrowth* zu tun?

Ich versuche in meiner Forschung einen Blick auf die

auch sozial und damit politisch.

\* Fabian Kern ist Radiojournalist, Gründungsmitglied der GartenCoop Freiburg und arbeitet seit August 2014 bei KoBra e.V. in der Geschäftsstelle.

> Übersetzt aus dem brasilianischen Portugiesisch von Yôko Woldering.

**Luiz Ruffato** ist derzeit einer der international bekanntesten Schriftsteller Brasiliens. Sein Werk „Es waren viele Pferde“ (*Eles eram muitos cavalos*) ist 2012 auf Deutsch erschienen und war schnell in aller Munde, so dass er 2013 auf der Frankfurter Buchmesse als literarischer Eröffnungsredner stand. Ein Literat aus der Arbeiterschicht, der schonungslos das beschreibt, was ist – auf eine verstörende Weise, die man aber mittlerweile zu lesen gelernt hat. Ruffato schrieb einen fünfbändigen Romanzyklus mit dem Titel Vorläufige Hölle. Schauplatz des zweiten Bandes, mit dem wir es hier zu tun haben, ist Zé Pintos Gasse, ein Armenviertel in der Kleinstadt Cataguases, irgendwo in Minas Gerais im Landesinneren Brasiliens.

## Rezension - Luiz Ruffato: Feindliche Welt

von Judith Felizita Säger\*

Die Suche nach Arbeit treibt die Menschen in den 50er-Jahren nach Cataguases, da es dort immerhin eine Textilindustrie gibt. Auch Zé Pinto kauft mit einigen Entbehrungen dort ein paar Häuschen und lebt mit seiner Frau von den Mieteinnahmen. Der Rahmen ist abgesteckt, die Einzelschicksale überlagern und unterlaufen sich, begegnen sich sogar mal, aber meistens doch eher nicht. Die Geschichten und Gedanken sind mehr Fragmente als zusammenhängendes Handlungswerk. Wie schon im ersten Band „Mama, es geht mir gut“ erschafft Ruffato ein zerrissenes Gewebe, welches die brasilianische Arbeiterschicht abbildet. Individuen, zwischen schamlosen Abgründen und schüchternen bis waghalsigen Zukunftsträumen, versuchen in dieser feindlichen Welt zu überleben.

Der alte Zé Pinto weigert sich, zu sterben. Während er sich im Dämmerlicht billiger Videofilme hartnäckig ans Leben klammert, wartet der Neffe darauf, endlich dessen Lebenswerk, die „Gasse“, eine Ansammlung von Armenbehausungen, abreißen zu können. Die Kinder Lucas, Marquinho, Tiquinho und Gilmar spielen barfuß auf dem rohen Holzfußboden. Als Tiquinho den Ball aus Versehen eine Kellerluke hinunter kickt, zwingen ihn die anderen hinabzuklettern, um ihn zu holen. Er kommt nie wieder hoch.

Die Jungen Gilmar und Gildo haben sich auf nach São Paulo gemacht. Der eine kommt als erfolgloser Fußballer zurück, der andere hat es wenigstens zu einem VW Käfer gebracht. Doch selbst der Erfolg in der Großstadt kann nicht über Gildos innere Leere hinwegtäuschen – auf der Suche nach dem, was geblieben ist von der Familie, die

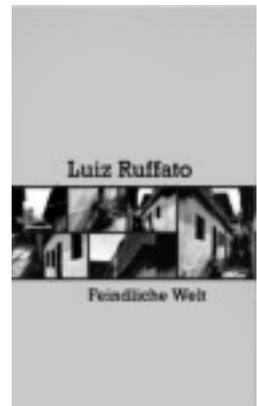
„alles (war), was wir nicht hatten“. Geschichten wie Metaphern, die jedoch in ihrer Aufrichtigkeit wie Schatten Ruffatos Lebens selbst wirken. Der Sohn eines Popcornverkäufers und einer Wäscherin ist selbst in Cataguases aufgewachsen.

Natürlich gab es in den 60er- und 70er-Jahren in Brasilien nicht nur gescheiterte Existenzen, sondern auch eine Bewegung, die Widerstand gegen die Militärdiktatur leistete und Gewerkschaften, die aufbegehrten. Doch gab es sie nur in den Großstädten. Im Landesinneren dagegen, abgeschieden von Informationen und ausgezehrt vom täglichen Überlebenskampf, war das politische Bewusstsein gering – und ist es heute noch immer.

Ruffato will daher in seinem Roman nicht die historischen politischen Hintergründe Brasiliens beleuchten, sondern seine Personen darstellen, wie sie sind. Er will dieses Universum, aus dem er selbst kommt, nicht romantisieren, damit diese Schicht besser angenommen wird. Er will vielmehr einen Einblick in die desolaten Zustände geben. Die Menschen der Arbeiterklasse sind keine Gutmenschen, doch Gewaltbereitschaft ist auch keine Charaktereigenschaft. „Sie werden zu Gewalttätern gemacht“, sagt Ruffato.

Um das zu beschreiben, bedient er sich einer Sprache der Dekonstruktion. Er zerschneidet Szenen mit poetischen Gegenstücken, pflegt in die Sätze Dialoge anderer Akteure ein oder verkettet dann wieder ellenlange Satzgefüge miteinander. Es ist nicht leicht zu lesen, doch er ebnet damit auch den Weg für andere, junge, brasilianische Schriftsteller\*innen, die noch viele Geschichten der Straße zu erzählen haben – ein starker literarischer Weg, das Land im Wandel zu zeigen, in dem die unterdrückten Schichten ihre Stimme erheben.

\*Judith Felizita Säger ist freie Journalistin und arbeitet derzeit als Praktikantin in der KoBra-Geschäftsstelle.





## Runder Tisch Brasilien

ist ein Zusammenschluss von Organisationen, die entwicklungspolitisch mit sozialen Bewegungen in Brasilien zusammenarbeiten. Er ist sowohl in der Bildungsarbeit als auch in der Lobbyarbeit aktiv. Im Auftrag des Runden Tisches Brasilien richtet KoBra jährlich im November die größte regelmäßige Brasilientagung der deutschsprachigen Solidaritätsszene aus. Darüber hinaus produziert der Runde Tisch Brasilien Bildungsmaterialien wie das vorliegende Heft zum jeweiligen Tagungsschwerpunkt und organisiert Gespräche brasilianischer Vertreter\*innen der sozialen Bewegungen mit hiesigen politischen Entscheidungsträger\*innen. Seit 1993 bringt KoBra für den Runden Tisch Brasilien das Brasilicum zur Tagung heraus.



Brot für die Welt –  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst

